



10.01.2015

SOS! #Save Donbass People From Ukrainian Army

Frohes Neues? Ausgewählte Aspekte der EU-Osteuropapolitik.

Zitierweise Empfehlung: Tchernodarov, A.: Frohes Neues? Ausgewählte Aspekte der EU-Osteuropapolitik. In: www.tchernodarov.de/Blog: EU-Osteuropapolitik. Beitrag vom 10.01.2015

Der aktuelle Beitrag als PDF:

[Frohes Neues Ausgewählte Aspekte der EU-Osteuropapolitik. Januar 2015](#)

Die Themen des aktuellen Beitrags sind:

- Eine kurze Bilanz der EU-Osteuropapolitik im Jahr 2014;
- Eine Bestandsaufnahme der aktuellen Situation in der Ukraine;
- Wie Steinmeier den russischen Studenten die Westpolitik erklärt hat:
Die Helsinki-Schlussakte
Das Budapester Memorandum
War das die "russische Annexion" oder die Wiedervereinigung mit der Krim? Und
- Die Wahlen des neuen Parlaments in Moldau und die EU.

Eine kurze Bilanz der EU-Osteuropapolitik im Jahr 2014



Bildquelle: <http://www.mosaic-pic.de/>

Das Jahr 2014 ist nun ein Teil der Geschichte. Objektiv gesehen aus dem Blickwinkel der EU-Osteuropapolitik hat das vergangene Jahr mit sich die größten Herausforderungen der EU-Geschichte gebracht. Drei wichtige völkerrechtliche Verträge wurden von der EU mit Georgien, Moldau und der Ukraine unterschrieben. Wurden diese drei Länder von der EU gestärkt und beschenkt? Die unterschriebenen Assoziierungsabkommen sind sehr unterschiedlich von dem Umfang und der Akzentuierung her. Eins haben sie aber gemeinsam und zwar, dass die Assoziierungsabkommen diesen drei osteuropäischen Ländern weder Stabilität, noch wirtschaftliche Sicherheit gebracht haben. Warum eigentlich nicht?

Gernot Erler, Regierungsbeauftragter der SPD für die Beziehungen zu Russland und zur Ukraine, ist der Ansicht, dass diese Länder nicht zu beneiden sind. Das hat der Politiker in seinem Videoblog damit begründet, dass diese Länder durch politische

und wirtschaftliche Reformen sich den EU-Standarts schmerzhaft anpassen müssen. Das Märkwürdige dabei ist, dass in den genannten Ländern alle Befürworter der Assoziierung mit der EU den Wählerinnen und den Wählern gerade das Gegenteil versprechen. Sie versprechen eine Erleichterung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und eine sofortige Demokratisierung der Gesellschaft. Dafür stimmten trotzdem bei Weitem nicht alle Bürger in diesen Ländern und nicht immer die Mehrheit. Interessant sind in diesem Zusammenhang die Wahlen in Moldau. Dazu komme ich noch abschließend am Beitragsende zu sprechen.

Eine Bestandsaufnahme der aktuellen Situation in der Ukraine

Noch schlimmer sieht die Situation nach der tragischen Entwicklungen des Jahres 2014 in der Ukraine aus. Das Land ist staatsbankrott und das trotz der ca. 30 Milliarden Dollar russischer Investitionen in die ukrainische Wirtschaft, sowie mindestens 17 Milliarden Dollar IWF-Kredite und Hilfe aus der EU. Nach dem verfassungswidrigen bewaffneten Putsch vom 22. Februar 2014 ist die Ukraine zerrissen. Die Macht hat in Kiew eine Regierung, die sich erst im Nachhinein versucht mit unserer westlichen Hilfe zu legitimieren. In vielen Bereichen des Gesellschaftslebens herrscht Chaos. Alltäglich sind außergerichtliche Strafaktionen, die durch die unformale, jedoch gut organisierte einzelne Gruppierungen durchgeführt werden. Die Repressalien werden gegenüber Behörden, zum Beispiel durch die Besetzung ihrer Büros oder gegen Amtsträger und Politiker durchgeführt. Die Letzteren werden oft in Form der so genannten "Müllustration" öffentlich erniedrigt, indem sie entweder in eine Mülltonne gesteckt durch die Stadt gefahren werden, oder mit Müll und Eiern beworfen werden. Das Ganze ist oft mit Gewalt und Körperverletzungen verbunden, die vom ukrainischen Gesetz verfolgungslos und unbestraft bleiben. Unter dessen sind Fackelumzüge unter anderem zu Ehren dem ukrainischen Nationalisten, Nazi-Kollaborateur und Verbrecher Stepan Bandera eine neue Tradition geworden. Die militarisierten Streiteinheiten des Rechten Sektors haben sich geweigert als ein Teil der nationalen Streitkräfte der Ukraine unter einem Vertrag zu agieren. Sie bleiben demnach der Kiewer Regierung nicht unterstellt. De Facto stellen sie eine Anhäufung der unabhängigen bewaffneten Banden dar. Die Denkmäler werden von organisierten militarisierten Gruppen ohne jegliche Beschlüsse vernichtet und geschändet.

Zeitungen und andere Medien werden massenweise geschlossen oder werden gar angegriffen. Die TV-Sender dürfen mit Repressionen rechnen, nur weil sie russische Sendungen zeigen. Der Telekanal INTER wurde massiv angegriffen, weil er ein russisches Neujahrs-Konzert in der Silvesternacht ausgestrahlt hatte. Die Entscheidung über die Lizenz des Senders und seine Zukunft in der Ukraine wird am 15. Januar fallen. Es existieren Schwarzslisten in der Ukraine unerwünschter Journalisten und Kulturschaffender. Die letztere Aussage des Premierministers Jazenjuk über angebliche Aggression der Sowjetunion gegen Ukraine (!) und Nazideutschland zeigt vor allem ein deutlicher Versuch durch den historischen Revisionismus die blühende neonationalistische Ideologie in der heutigen Ukraine zu rechtfertigen.

Von der Verfassungsreform, die von Peter Poroschenko bei der Wahlkampagne avisiert wurde, wird in der Ukraine nicht mehr gesprochen. Die neue Regierung von Poroschenko hat eine neue Entfaltung gefunden, in dem man u. a. die ausländische Fachkräfte zum Regieren eingeladen hat. Jetzt kommt zu der amerikanischen Betreuung der SBU (Sicherheitsdienst der Ukraine) auch noch die fachliche

Unterstützung aus dem Ausland für solche wichtigen Machtzweige wie die Finanzministerin Natalija Jaresko (eine amerikanische Investmentbankerin), der Minister für Wirtschaftsentwicklung und Handel der Ukraine Herr Aivaras Abromavičius (ein litauischer Finanzmanager) und der Gesundheitsminister Alexander Kwitashvili aus Georgien.

Das ist skizzenhaft die Situation in den Regionen, die von Kiew kontrolliert werden. In den selbsternannten Donezk- und Lugansk Volksrepubliken tobt trotz der Minsker Vereinbarungen und trotz der offiziellen Feuerpause der Bürgerkrieg weiter. Die ukrainische Armee setzt die Beschüsse der Häuser und der Infrastruktur der Ortschaften der Ostukraine fort. Es sind ungefähr fünftausend Personen getötet worden. Und das sind nur die Opfer der Zivilbevölkerung, die von der UNO und der OSCE anerkannt worden. Die tatsächliche Zahl der Opfer dürfte viel höher ausfallen.

Wie Steinmeier den russischen Studenten die Westpolitik erklärt hat

Man spricht mehr und mehr allerdings im Kontext der Ukraine-Krise von den Problemen mit Russland, oder über einen geopolitischen Interessenskonflikt des Westens mit Russland. Dabei ist der Begriff "Westen" eigentlich zu allgemein und bedingt, denn während der Entwicklung der Ukraine-Krise der Erste Weltwirtschaftskrieg in der Geschichte ausgebrochen.

Russland leidet unter den Sanktionen weit stärker als wir in Deutschland. Jedoch werden sie auch für Deutschland auf direkte und indirekte Weise einen hohen zweistelligen Milliardenbetrag kosten. Darüber muss man sich im Klaren sein. Deswegen möchte ich genau die Begründung der Sanktionspolitik seitens der EU analysieren.

Die Sanktionspolitik der USA wird dabei außen vor gelassen. Das geschieht nicht nur aus dem Grund, dass dies nicht das Thema meines Blogs ist, sondern weil die beiden Erscheinungen eine unterschiedliche Natur, verschiedene Motivation und doch verschiedene Zieleinsätze besitzen. Ein russischer Politiker hat das auf Punkt gebracht, indem er sagte, dass die US-Sanktionen und die EU-Sanktionen verschiedene Schicksale haben. Das gemeinsame was die beiden doch haben, dass eine Erpressung in jedem Fall eine Erpressung bleibt. Denn hier um die russische Regierung und, in erster Linie den russischen Präsident umzulenken und zu zwingen die gegenwärtige Politik zu Gunsten der geopolitischen Interessen des Westens zu ändern, werden fast ausschließlich die einfachen russischen Bürger unter Wirtschaftsdruck gestellt. Besonders krass erscheint, meines Erachtens, die Sanktionspolitik gegenüber der Krimbevölkerung. Das ist aber nun kein rechtliches, sondern ein moralisches Thema, das jeder für sich im Einklang mit den demokratischen Wehrten unserer europäischen Gemeinschaft lösen soll. Genau wie die Sanktionen gegen die russische Wirtschaft eine moralische Seite haben, die nicht zu unterschätzen ist. Die Polnische Zeitschrift *Obserwator Polityczny* schrieb zutreffend vor einigen Tagen, dass Russland mit eine Blockade oder Sanktionen zu drohen das Gleiche ist wie Israel einen neuen Holocaust zu versprechen!

Nun zur Begründung der EU-Sanktionspolitik gegen der russischen Bevölkerung aus der Perspektive der deutschen Außenpolitik.

Eine knappe Erklärung dazu hat Mitte Dezember 2014 Außenminister Frank Walter Steinmeier in seiner bemerkenswerten Rede an der Ural Federal University,

Jekaterinburg geliefert. Die Rede ist vor den Studenten der russischen Universität gehalten worden und ist insgesamt wohlwollend, russlandfreundlich und mit großem Sachversand gehalten.^[1] Solche Reden wünsche ich mir von Steinmeier im Bundestag! Es sind jedoch zwei Stellen, die einer kritischen Einschätzung bedürfen. In dem vorliegenden Beitrag beschränke ich mich eben nur auf diesen Einen: Was wirft, nach Steinmeier, Westeuropa Russland vor, zur Begründung der Sanktionen?

Herr Steinmeier sagt dazu folgendes: *"Kurz zusammengefasst sehe ich es so: Die russische Regierung hat in der Ukraine-Krise ein grundlegendes Prinzip der europäischen Sicherheitsordnung in Frage gestellt: die Unverletzlichkeit von Grenzen, wie sie in der Helsinki-Schlussakte und im Budapester Memorandum auch von Russland zugesichert ist. Darüber, was die Verletzung dieses Prinzips für uns in Europa, Deutsche wie Russen gleichermaßen, bedeutet, darüber habe ich in den letzten Monaten zahlreiche Gespräche mit Ihrem Außenminister, mit Ihrem Präsidenten –erst vorletzte Woche in Moskau– und vielen anderen geführt, und ich werde dieses Gespräch weiterhin suchen. Wir stecken zweifelsohne in der schwersten außenpolitischen Krise in Europa seit dem Ende des Kalten Krieges. Kulminationspunkt dafür ist aus unserer Sicht die russische Annexion der Krim. Der Versuch, sieben Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa Grenzen zu korrigieren: einseitig, ohne Achtung für staatliche Souveränität noch eingekleidet in die Prozesse der internationalen Gemeinschaft – So dürfen wir nicht miteinander umgehen."*

Es ist mutig und direkt vor hunderten russischer junger Wissenschaftler und Studenten formuliert. Allerdings fällt die Passage aus dem Kontext der Gesamtrede aus. Die Debatten und Fragen durften dem Minister nach seine Rede gezeigt haben, dass die jungen Historiker den angeführten Argumenten nicht immer folgen können.

Der russischen Regierung wird hier vorgeworfen durch Verletzen der Grenzen das *"Prinzip der europäischen Sicherheitsordnung in Frage gestellt"* zu haben. Die Sicherheitsordnung ruht wiederum auf "zwei Säulen" der neusten Geschichte. Die "Säulen" sind eben die *"Helsinki-Schlussakte"* und das *"Budapester Memorandum"*.

Nach Ansicht des deutschen Außenministers hat Russland die beiden wichtigen völkerrechtlichen Dokumente unterschrieben. Schauen wir uns die beiden Dokumente an.

Die Helsinki-Schlussakte (1975)

Es ist dem Minister offensichtlich beim Reden in der Hitze des Gefechtes entfallen, dass zur Zeit der Helsinki-Schlussakte im Jahr 1975 einen anderen Staat namens UDSSR agierte. Ein Teil davon war eben die Sowjetrepublik Ukraine und die Krim, die erst seit 1917 als Krim Republik ausgerufen wurde und blieb mit dem Staatscharakter ein Teil der RSFSR und damit ein Teil der Sowjetunion neben der Ukraine. Am Rande sei es bemerkt, dass die Sowjetische Sozialistische Republik Ukraine als eine der Gründer-Republiken des neuen sozialistischen Staates in die Geschichtsanale einging, und zwar in den neuen Grenzen, die erst von der Lenin-Regierung neu bestimmt waren und die südrussische Gebiete eingeschlossen haben.

Die Krim hat eigentlich de jure als ein Teil der Sowjetischen Sozialistischen Föderativen Russländischen Republik einen Status eines Subjektes mit Staatscharakter.

Die Helsinki-Schlussakte^[2] haben lediglich den Zustand in der Welt und die Einflussgrenzen der NATO und der Länder des Warschauer Paktes festgehalten. Das bedeutet, dass wenn unser Außenminister dafür plädiert, dass die Beschlüsse der Helsinki-Schlussakte eine Garantie für die europäische Sicherheitsordnung bis Heute darstellt, muss er automatisch gegen die deutsche Wiedervereinigung und für Wiedereinfuhr der russischen Streitkräfte in die wiederhergestellte DDR sein. Er muss logischerweise gegen die Selbstauflösung des Ostblocks und für die Wiederherstellung von UDSSR sein. Er muss dann folglich gegen EU- und NATO-Osterweiterung und für die Abanerkennung der Unabhängigkeit der ehemaligen Sowjetrepubliken, einschließlich der Ukraine und den baltischen Länder sein. Darüber hinaus muss er gegen der Anerkennung von Kosovo und für die Wiederherstellung von Jugoslawien sein.

Sich auf die Helsinki-Schlussakte von 1975 als einen Garant der europäischen Sicherheitsordnung heute zu berufen, konnte nur ein Mensch, der entweder die letzten 25 Jahre in einem lethargischen Schlaf verbracht und von der europäischen Geschichte nichts mitbekommen hat, oder... ein Mensch, der nach einem langen Überflug an die geographische Grenze Europas in Jekaterinburg grade zu wenig geschlafen hat.

Das Budapester Memorandum

Das zweite Dokument, auf das sich Herr Steinmeier beruft, ist ein Memorandum vom 1994. An dieser Stelle ist es wichtig zu erwähnen, dass auch die Bundeskanzlerin sich, um zu zeigen wie wichtig und richtig die Sanktionspolitik gegen Russland ist, mindestens in drei ihrer Reden am Ende das vergangen Jahres, einschließlich der Regierungserklärung vor dem Bundestag, sich auf das Budapester Memorandum berufen hat.

Die Erklärung des Begriffes "Memorandum" bringt schon ein wenig Licht in die Sache. Ein Memorandum wird eine Denkschrift, eine Stellungnahme oder schlicht eine Notiz mit etwas Denkwürdigem, kurz Memo genannt. Es muss in der internationalen Praxis von den Staaten, die ein Memorandum unterschrieben haben, zumindest ratifiziert werden. Tatsächlich muss im Falle des Budapester Memorandums fest gehalten werden, dass keine von vier Parteien, die unter dem Memorandum eine Unterschrift geleistet haben, weder die Ukraine, noch die USA, weder Großbritannien noch Russland dieses Memorandum ratifiziert hat.

Damit ist die Sachlage juristisch gesehen eindeutig. Die USA und die NATO haben sich in der neusten Geschichte oft darauf berufen, dass die Versprechungen, die nicht in einer bindenden rechtlichen Form festgehalten wurden, belanglos sind.

Falls wir jedoch ehrlicherweise davon ausgehen, dass die Absichten der großen Mächte auf dem internationalen Parkett auch dann von einer großer Bedeutung und Bindend sind, wenn sie nur ausgesprochen worden waren, dann besteht doch die Frage ob Russland einen Verstoß hier zumindest gegen die eigenen Absichten vorgeworfen werden kann. Um die Frage beantworten zu können, muss man wissen was eigentlich die vier Seiten im Budapester Memorandum zu vereinbaren beabsichtigt haben?

Die drei Mächte - Russland, die USA und Großbritannien verpflichteten sich in drei getrennten Erklärungen gegenüber Kasachstan, Weißrussland und der Ukraine, als

Gegenleistung für einen Nuklearwaffenverzicht die Souveränität und die bestehenden Grenzen der Länder (Art. 1) sowie deren politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu achten (Art. 2 f.) und im Falle eines nuklearen Angriffs auf die Länder unmittelbar Maßnahmen des UN-Sicherheitsrates zu veranlassen (Art. 4). Es muss in diesem Zusammenhang nicht außer Acht gelassen werden, dass Russland seinerseits „die Drohungen von Seiten der EU und der USA während der Unruhen in Kiew, Sanktionen gegen die ukrainische Staatsführung (unter Präsident Janukowitsch) zu verhängen“ sowie die spätere Anerkennung des volkerrechtswidrigen, verfassungswidrigen, bewaffneten Putsches in Kiew als Bruch der Verpflichtungen aus dem Budapester Memorandum wertete, denn es ging um eine Garantie der politischen und wirtschaftlichen Souveränität von der Ukraine. Wenn Frau Nuland zugegeben hat, dass die USA fünf Milliarden Dollar in die Majdan-Prozesse "investiert" hat, kann denn noch von einer politischen und wirtschaftlichen Souveränität der Ukraine gesprochen werden? Russland bewertete diesen Februar-Putsch in Kiew als ein Ende der Republik Ukraine in ihrer postsowjetischen Form, die im Jahr 1991 fest gehalten worden war. Das Entstehen eines neuen Staates ist lediglich auf einem Teil des früheren ukrainischen Territoriums festzustellen. Russland hat gegenüber diesem, neu entstandenem Staat keinerlei Versprechungen oder Garantien geleistet. Die Handlungen der ukrainischen Opposition am 22. Februar, die trotz der Vereinbarungen vom 21. Februar unter Anwesenheit der Außenminister von Deutschland, Frankreich und Polen als Garanten durchgeführt worden waren, wurden vom Teil der ukrainischen Bevölkerung als eine Bedrohung und eine Gefahr empfunden. Ein Teil der Bevölkerung in der Süd-Ostukraine und auf der Krim haben Gegenmaßnahmen ergriffen, die sich in ihrer Form unterschiedlich und nicht zeitgleich äußerten. Da die Krim historisch bedingt de Jure einen staatsähnlichen Charakter besaß, beschloss die legitime Regierung und das krimische Parlament ein Referendum über Verbleib der Krimrepublik in der Ukraine abzuhalten.

Im Budapester Memorandum wurde keine Versprechung weder von der USA und Großbritannien noch von Russland gegenüber der Ukraine gegeben, dass ein Volk in einem Staat trotz seiner Entscheidung gezwungen wird zu bleiben, von dem es sich lösen möchte.

Ich möchte anschließend betonen, dass sich das Budapester Memorandum, als ein zwar nicht ratifiziertes, jedoch volkerrechtrelevantes Dokument, mit Sezessionsprozessen in einem Staat nicht auseinandersetzt und weder vom Inhalt her, noch juristisch im Falle der Selbstbestimmung der Krimbevölkerung angewendet werden kann.

Die Verletzung der Sicherheitsordnung, laut Steinmeier hat Russland dadurch getan, dass es der Selbstbestimmung der Krimbevölkerung für Ihre Unabhängigkeit zugestimmt hat.

War das die "russische Annexion" oder die Wiedervereinigung mit der Krim?

"Die russische Annexion der Krim" - sagt der Außenminister und setzt fort - "Der Versuch, sieben Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa Grenzen zu korrigieren: einseitig, ohne Achtung für staatliche Souveränität noch eingekleidet in die Prozesse der internationalen Gemeinschaft – So dürfen wir nicht

miteinander umgehen." Das Stichwort ist für mich in dieser Aussage - "*So dürfen wir nicht miteinander umgehen."*

... Bei der Nato-Osterweiterung an die russische Grenze, oder bei den Luftangriffen auf Belgrad durch die NATO ging es hervorragend, auch bei der Anerkennung von Kosovo und davor durch Deutschland die Anerkennung von Slowenien ging es auch mit dem Korrigieren der Grenzen in Europa wunderbar. Wurden hier die russische Einwände berücksichtigt?

Auf die Frage warum Kosovo nicht die Krim ist und trotzdem vergleichbar sein kann, werde ich hier nicht eingehen, sonst sprengt das den Rahmen des Beitrags.

Jetzt zu dem Begriff "Annexion", welcher wie ein Zauberwort in den deutschen Medien beständig verwendet wird, wenn die Rede von der Krim ist. Damit ist eigentlich alles gesagt, denn das Wort "Annexion" bedeutet eine gewaltsame und völkerrechtswidrige Einverleibung eines Territoriums. Kaum noch was schlimmeres kann vorgestellt werden. Kann das Wort in Bezug zur Krim angewandt werden?

Die beiden Merkmale einer Annexion - Gewaltanwendung und Vorstoß gegen das Völkerrecht - sind in diesem Fall nicht vorhanden.

Es handelt sich bei der Krim aus politikwissenschaftlicher Perspektive nicht um eine Annexion. Obwohl Frank Walter Steinmeier gerade die "russische Annexion" als Wurzel der Sanktionspolitik des Westens sieht. Es ist unerheblich wie oft von den Politikern und in den Medien das Wort wiederholt wird, die Annexion der Krimrepublik findet lediglich in den Köpfen der Leser und Zuschauer statt. Das Referendum auf der Krim kann gar nicht völkerrechtswidrig sein, weil sich das Völkerrecht primär um die Beziehungen zwischen den Staaten kümmert. Darüber hinaus setzt sich das Völkerrecht mit der Frage auseinander, wie die Staaten nach Innen ihre Macht ausüben. Auf jeden Fall sind dann die Prinzipien des Völkerrechts anwendbar, wenn die staatliche Machtausübung an einer gewissen Grenze des Machtmissbrauchs stößt, wenn also die Staatsgewalt beginnt Genozide, eine massive Form der Unterdrückung und auch Folter zu organisieren. Diese Verstöße gehen das Völkerrecht an.

Das Völkerrecht wird überhaupt nicht auf den Plan gerufen, wenn es um secessionistische oder gar separatistische Bewegungen in einem Staat handelt.

Es kann festgehalten werden, dass die Initiative der Krimbevölkerung wohl ein Verstoß gegen des ukrainischen Verfassungsrecht ist, aber nicht gegen das Völkerrecht.

Es muss berücksichtigt werden, dass die Krimbevölkerung, einschließlich die legitime, gewählte Krimregierung und das Krimparlament sich mit einem gültigen Mandat nach dem Februar-Putsch in Kiew in Gefahr gesehen haben. Die Berechtigung dieser Ängste sind nun durch die dramatischen Entwicklungen in der Ostukraine objektiv bestätigt worden. In der Ostukraine wird die Bevölkerung durch die eigene Regierung vernichtet und in eine Wirtschaftsblockade getrieben. Das grenzt an einem organisierten Genozid. Was genau passiert in der Ostukraine, in den so genannten Volksrepubliken von Doneck und Lugansk? Es ist eindeutig, dass die Sezessionsbestrebungen der Aufständischen dort, nach dem verfassungswidrigen, bewaffneten Putsch in Kiew nicht mit dem ukrainischen Verfassungsrecht konform

sind. Das steht außer Zweifel. Dementsprechend hat die Zentralregierung das Recht das mit einem polizeilichen Zwang zu unterbinden. Das wäre genauso Völkerrechtskonform wie auch im Einklang mit dem ukrainischen Verfassungsrecht. Der Zwangsausübung im Inneren ist aber eine bestimmte Grenze gesetzt. Die Militärstreitkräfte dürfen gegen die Zivilbevölkerung nicht eingesetzt werden. Es sind entsprechende Beschlüsse in dieser Frage getroffen worden, die wegweisend sind. Zum Beispiel der kanadische Beschluss von 1998 bezüglich der Sezessionsbestrebungen in Kanada. _

Demnach ist die militärische Reaktion der Kiewer Regierung, völkerrechtlich illegitim ist.

Es besteht die Frage wie die Sezessionsbestrebungen der beiden Volksrepubliken ablaufen sollten, dass sie Völkerrechtskonform sind? Es sollte in einem zivilisiertem Verfahren ein Dialog gesucht werden. Das ist das Erste. In diesem Fall haben die Staaten die Organisierung von Referenden zu dulden. Ein großartiges Beispiel dafür ist Schotland. London hat zwar das Referendum massiv in vielerlei Hinsicht bedroht, man hat aber nicht gesagt, dass man dagegen sofort mit Polizeigewalt vorgeht.

Was des Völkerrecht angeht, es kümmert sich primär nicht um die Sezessionsprozesse, sondern es kümmert sich darum, dass bei solchen Streitfragen eine Gewaltschwelle nicht überschritten wird. Was die Ukraine betrifft sind sie von Anfang an überschritten worden.

Völkerrechtlich gesehen: wenn eine Bevölkerungsgruppe den staatlichen Kriterien genügt und ankündigt, dass sie unabhängig sein möchte, dann hat der Vaterstaat das zu akzeptieren. Es ließen sich noch viele Gegenargumente zu der Aussage Steinmeiers anzuführen, dass Russland "sieben Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa Grenzen zu korrigieren" versucht.

Dieses Argument klingt merkwürdig, wenn gerade in Westeuropa kurz nach dem Krieg schon im Frühjahr 1949 die territoriale Frage zwischen der BRD und Frankreich bezüglich der Ortschaft Kirrberg neu entschieden worden war. Die Entscheidung des mächtigen Generalsekretärs der KPDSU Nikita Sergejewitsch Chruschtschow von Februar 1954 über die "Schenkung" der Krim in die Ukraine fand, übrigens ohne Beachtung der gültigen Verfassungsrechtlichkeit von der de Jure föderativen UDSSR, nach dem Zweiten Weltkrieg statt. Selbstverständlich hat die Krim-Frage mit den Ergebnissen und einer neuen Grenzföhrung nach dem Zweiten Weltkrieg nichts zu tun. Jedoch wurde formell die Entscheidung über die Krim im Jahr 1954 ohne Beachtung des internationalen Rechts und der sowjetischen Verfassung eigenmächtig durch eine Person durchgesetzt.[3]

Ein neues Parlament in Moldau

Nun zu den Wahlen in Moldau. Am 30. November wurde in Moldau ein neues Parlament gewählt. Die meisten Medien in Deutschland haben brav berichtet, dass die Pro-Europäische Koalition knapp gewonnen hat. Hier liegt leider eine Täuschung vor, denn eine Koalition besteht nur dann, wenn die Parteien diese Koalition bekennen. Die Befürwortung der EU-Moldau-Assoziierung ist ein sehr wichtiger Punkt im politischen Programm einer Partei, jedoch lediglich ein Punkt von vielen. Wie groß die gemeinsame Schnittmenge des Restprogramms ist, muss einzeln bewertet werden. Falls eine Koalition entstehen soll, muss ein Koalitionsvertrag

zustande kommen. Das ist, so weit ich informiert bin, im Parlament der Republik Moldau nicht der Fall. Wie sieht denn das Wahlergebnis am 30. November 2014 im Einzelnen aus? Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, dass eine aktive prorussische Partei "Vaterland" kurz vor der Wahlen zu den Wahlen nicht zugelassen wurde. Das moldawische Verfassungsgericht erklärte **nach der Wahl**, dass der Ausschluss vor der Wahl „übereilt“ durchgeführt worden sei.^[4] Das bedeutet eigentlich, dass die Wahlen manipuliert worden sind.

Nichts desto trotz sind die Wahlen nun demokratisch anerkannt und gelten. So sieht das offizielle Ergebnis aus:

Rezultatele preliminare ale alegerilor parlamentare din 30 noiembrie 2014

Concurenți electorali	Voturi	%	Mandate
Partidul Democrat din Moldova	252,489	15.80%	19
Partidul Popular Creștin Democrat	11,782	0.74%	0
Partidul Forța Poporului	11,665	0.73%	0
Partidul Liberal Democrat din Moldova	322,201	20.16%	23
Partidul Liberal Reformator	24,956	1.56%	0
Partidul Comunist Reformator din Moldova	78,716	4.92%	0
Mișcarea Populară Antimafie	27,846	1.74%	0
Partidul Național Liberal	6,858	0.43%	0
Partidul Socialiștilor din Republica Moldova	327,912	20.51%	25
Blocul electoral "Alegerea Moldovei — Uniunea Vamală"	55,089	3.45%	0
Partidul "Democrația Acasă"	2,449	0.15%	0
Partidul Popular din Republica Moldova	12,110	0.76%	0
Partidul Comuniștilor din Republica Moldova	279,366	17.48%	21
Partidul Liberal	154,518	9.67%	13

Es sind fünf Parteien im Parlament. Davon sind zwei für eine festere Kooperation mit Russland. Das sind die Partei der Sozialisten der Republik Moldau mit 25 Mandaten und die Partei der Kommunisten der Republik Moldau mit 21 Mandaten. Insgesamt haben die EU- Gegner 46 Mandate im Parlament. Sie bilden damit eine starke Opposition, trotz der verheerenden Manipulation vor den Wahlen. Es muss bemerkt werden, dass gerade die stärkste Partei mit 25 Mandaten im Parlament eben EU-Gegner ist. Das widerspiegelt eine deutliche, ungefähr gleiche Spaltung der Gesellschaft, was einen politischen Reformprozess auf keinen Fall erleichtert. Hier dürfen noch drei Herausforderungen der moldauischen Politik, die die Gesellschaft polarisieren, nicht außer Acht gelassen werden. Das sind: der eingefrorene Konflikt in Transnistrien, eine besondere Meinung und Status der nationalen Minderheit der

Gagausen und, nicht zu letzt, die große Bedeutung des russischen Marktes für moldauische Exporte, die gegenwärtig aus bekannten politischen Gründen leiden.

[1] Unter diesem Link finden Sie die Rede: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2014/141209-BM_Jekaterinburg.html

[2] Vgl. das Dokument als PDF: <http://www.osce.org/de/mc/39503?download=true>

[3] Ausführlich dazu s. meinen Beitrag "Russischer Frühling" vom 29.04.2014: http://tchernodarov.de/wp_tcher/?page_id=6198

[4] Vgl. <http://point.md/ru/novosti/politika/glava-ks-priznal-hto-patria-bila-otstranena-ot-viborov-slishkom-stremiteljno>